

Geschäftsführung:
Fachbereich 4 Planen und Bauen

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses der
Stadt Lüdenscheid**

am 03.02.2021

im Theatersaal des Kulturhauses, Freiherr-vom-Stein-Straße 9

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsherr Jens Holzrichter FDP

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsfrau Susanne Mewes	CDU	
Ratsfrau Karin Hertes	SPD	
Ratsherr Otto Bodenheimer	Bündnis	
90/Die Grünen		
Ratsherr Gordan Dudas MdL	SPD	
Ratsherr Steffen Kriegel	SPD	Vertreter für Ratsherrn Dirk Franke
Ratsherr Michael Meyer	CDU	
Ratsherr Ralf Schwarzkopf	CDU	
Ratsfrau Elisabeth Siebensohn	CDU	
Ratsherr Philipp Siewert	SPD	
Herr Eugen Cramer	Bündnis	
90/Die Grünen		
Herr Philipp Kallweit	SPD	
Herr Mehmet Kaya	CDU	
Herr Torsten Lange	DIE LINKE.	
Frau Eva Prinz	CDU	

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Thomas Funk Fraktionslos

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Ratsherr Otto Ersching DIE LINKE.

Verwaltung:

Herr Martin Bärwolf
Herr Andreas Beckmann
Stadtkämmerer Sven Haarhaus
Herr Christian Hayer
Herr Holger Moeser
Herrn Christopher Rehnert
Herr Dieter Rotter

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: ./.
Enthaltungen: ./.

2. Verpflichtung Sachkundiger Bürgerinnen und Bürger

Vorsitzender Holzrichter führt aus, dass in dieser ersten Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses seit der Kommunalwahl im September 2020 die sachkundigen Bürgerinnen und Bürger verpflichtet werden müssten. Er begrüßt hierzu Herrn Mehmet Kaya, Frau Eva Prinz, Herrn Philipp Kallweit, Herrn Torsten Lange und Herrn Thomas Funk. Er weist darauf hin, dass jedem zu Verpflichtenden die Niederschrift zur Verpflichtung samt bekannter persönlicher Daten auf den Platz gelegt worden sei. Er bittet darum, die ggf. fehlenden Daten zu ergänzen, die Niederschrift zu unterschreiben und diese dann am Ende der Sitzung am Platz liegen zu lassen. Sodann verliest er die Verpflichtungsformel. Die zu Verpflichtenden sprechen sie nach.

Vorsitzender Holzrichter begrüßt sie als ordentliche Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses.

3. Öffentliche Fragestunde

Entfällt

4. Haushalt 2021 inkl. Änderungslisten

Vorsitzender Holzrichter schlägt vor, den unter Tagesordnungspunkt 4.1 eingestellten Antrag der Fraktion Bündnis'90/Die Grünen vom 27.01.2021 zum Thema „Instandsetzung und bauliche Ertüchtigung des Fußgängerüberweges Paulmannshöher Straße“ zu beraten, da hierzu ggf. dann noch Haushaltsmittel im Rahmen der Haushaltsplanberatungen bereitgestellt werden müssten. Die Ausschussmitglieder stimmen dieser Vorgehensweise einstimmig zu.

Ratsherr Bodenheimer erläutert den Antrag kurz mündlich.

Vorsitzender Holzrichter fragt nach, ob für eine Herrichtung bereits Kosten abschätzbar seien.

Herr Hayer antwortet, dass ihm die Situation so nicht bekannt sei. Eine Beseitigung der offensichtlich vorhandenen Schlaglöcher und die Ertüchtigung der zum Teil nicht mehr vorhandenen Markierungen schienen auf jeden Fall erforderlich. Gegebenenfalls könne durch eine Verlegung weiter in das gerade Straßenstück hinein eine Besserung erreicht werden. Dann schätze er die entstehenden Kosten für die Neuerrichtung eines Fußgängerüberweges auf ca. 25.000,00 € - 30.000,00 €. Eine detaillierte Antwort sei jedoch erst möglich, wenn man sich die Situation vor Ort angesehen habe.

**Ratsherr Bodenheimer stimmt einer Zurückstellung nach den zeitnah durchzuführen-
den Ortstermin zu.**

Ratsherr Dudas beantragt, in diesem Zusammenhang auch die rechtlichen Möglichkeiten der Gestaltung von Fußgängerüberwegen zu prüfen und diese in der nächsten Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 17.03.2021 ebenfalls vorzustellen.

Herr Hayer sagt zu, diese Ergänzung ebenfalls bis zur nächsten Sitzung vorzubereiten.

Vorsitzender Holzrichter weist noch einmal darauf hin, dass die nächste Sitzung vom 24.03. auf den 17.03. vorverlegt worden sei.

Sodann fragt Vorsitzender Holzrichter, ob Vortrag oder Erläuterung der Verwaltung zu den vorgeschlagenen Haushaltsansätzen und den vorgelegten Änderungslisten bestehe. Dies ist nicht der Fall.

Frau Feist weist darauf hin, dass in der letzten Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz beschlossen worden sei, die Kosten für die Errichtung des Grillplatzes im Bereich Honselers Bruch in den Haushalt aufzunehmen. Hierfür würden 100.000,00 € benötigt. Es sei vorgesehen, den Haushaltsansatz für die Gehwege im Bereich der Ortsdurchfahrt Brüninghausen entsprechend zu kürzen. Die vorliegende Verpflichtungsermächtigung werde entsprechend um 100.000,00 € erhöht. Diese Vorgehensweise sei möglich, weil die Planungen beim Landesbetrieb Straßen.NRW sich verzögerten. Somit erfolge der Beginn der Maßnahme erst später. Die restlichen Kosten würden dann in 2023 aufgeschlagen. Die Änderungsliste für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses werde um diese Position ergänzt.

Ohne weitere Diskussion fassen die Ausschussmitglieder mit Stimmenmehrheit bei einer Gegenstimme folgenden

Beschluss:

Den vorgeschlagenen Haushaltsansätzen inklusive der vorgelegten Änderungslisten wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	./.

**4.1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.01.2021 zum Thema
"Instandsetzung und bauliche Ertüchtigung des Fußgängerüberweges
Paulmannshöher Straße"**

siehe TOP 4

5. Wahlplakatwerbung ab 2021 Vorlage: 010/2021

Vorsitzender Holzrichter fragt, ob Vortrag der Verwaltung gewünscht werde. Dies ist nicht der Fall.

Ratsfrau Hertes führt aus, dass die im Beschlussvorschlag ausgeführte Vorgehensweise seitens der SPD-Fraktion abgelehnt werde. Sie **beantragt, zum Verfahren mit den großen Holztafeln zurückzukehren, auf denen jeweils ca. 3 Parteien mit entsprechend großen Plakaten Wahlwerbung machen könnten.**

Ratsfrau Mewes führt hierzu aus, dass auch seitens der CDU-Fraktion das bisherige Verfahren insbesondere aufgrund der großen Anzahl an „wildem Plakatierungen“ abgelehnt werde. Die an den Laternenmasten vorhandenen Plakatrahmen seien zu klein und daher kaum lesbar. Der Vorschlag, Holztafeln zur Wahlplakatierung zu verwenden werde unterstützt, da hier eine entsprechend gute Aufmerksamkeit für alle erreicht werden könne. Darüber hinaus sei ein guter direkter Vergleich erreichbar, was sicher dem Demokratieverständnis aller entspreche.

Ratsherr Ersching teilt die Auffassung, dass die vorhandenen Plakatrahmen an den Laternenmasten zu klein seien. Holztafeln halte er für einen demokratischen Wahlkampf für nicht geeignet, da diese nicht in allen Wahlbezirken und in entsprechender Anzahl zur Verfügung stünden.

Ratsherr Dudas bittet darauf zu achten, dass die Standorte jeweils gut einzusehen seien. Die Anzahl der Wahlplakate an die Anzahl der Stimmen zu koppeln halte er für eine sehr gute Lösung.

Vorsitzender Holzrichter führt aus, dass damit die örtlichen Parteien bevorzugt werden könnten, da dort das vorhandene Verfahren bekannt sei. Er fragt Herrn Rotter, ob es möglich sei, 200 Standorte verteilt auf das Stadtgebiet festzulegen.

Ratsherr Dudas fragt, ob nach heutiger Beschlussempfehlung bis zur nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses durch den Fachdienst Bauservice die entsprechenden Standorte benannt werden könnten oder ob hierzu zunächst der Beschluss durch den Haupt- und Finanzausschuss erfolgen müsse.

Vorsitzender Holzrichter merkt an, dass die Kosten für die Holztafeln noch in den Haushalt 2021 eingearbeitet werden müssten. Er führt weiter aus, dass der Antrag von Ratsfrau Hertes **wie folgt erweitert werde: Ab der Bundestagswahl 2021 sollen die Holztafeln aufgestellt werden. Die Verwaltung werde beauftragt, die nötigen Haushaltsmittel noch in den Haushalt 2021 einzustellen und entsprechende Standorte für die Holztafeln festzulegen.**

Herr Rotter antwortet, dass seitens der Verwaltung 200 Standorte in den 24 Wahlbezirken schwierig und sehr zeitaufwendig sei. Einfacher sei es, wenn die Parteien Vorschläge machten. Diese müssten dann seitens der Verwaltung auch noch auf ihre Umsetzbarkeit geprüft werden.

Seitens des Wahlamtes sei mitgeteilt worden, dass einmalige Kosten in Höhe von 105.000,00 € entstünden.

Herr Haarhaus führt aus, dass eine Empfehlung durch den Bau- und Verkehrsausschuss und anschließende Beschlussfassung im Rat der Stadt Lüdenscheid als Beratungsfolge vorgesehen sei. Er schlägt vor, eine weitere Beratung in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vorzunehmen, um die einmaligen Kosten in Höhe von 105.000,00 € und die

dadurch entstehenden Kosten in Höhe von 70.000,00 € je Wahl im Rahmen des Haushalts-sicherungskonzeptes korrekt etatisieren zu können.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Vorschlag einstimmig zu.

Ohne weitere Diskussion empfehlen die Ausschussmitglieder dem Haupt- und Finanzaus-schuss der Stadt Lüdenscheid mit Stimmenmehrheit bei drei Gegenstimmen folgenden

Abweichenden Beschluss:

Für die Wahlplakatwerbung auf öffentlichen Flächen aus Anlass von Kommunal-, Landtags-, Bundestags- oder Europawahlen wird **die Stadt zu jeder Wahl insgesamt 200 Holztafeln zur Anbringung von Wahlplakaten der Parteien bis zu einer Größe von A0 beschaffen und aufstellen lassen.**

Abstimmungsergebnis zum Antrag der Ratsfrau Hertes:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	3
Enthaltungen:	1

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit bei drei Gegenstimmen angenommen.

Abstimmungsergebnis zum geänderten Beschlussvorschlag:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	3
Enthaltungen:	1

Der geänderte Beschlussvorschlag wird mit Stimmenmehrheit bei drei Gegenstimmen ange-nommen.

6. Elfte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Lüdenscheid über die Erhebung von Gebühren für den Rettungsdienst Vorlage: 032/2021

Vortrag seitens der Verwaltung wird nicht gewünscht.

Ratsherr Bodenheimer bittet um Beantwortung folgender Fragen zur Kostensteigerung des qualifizierten Krankentransports:

1. Wo beginnt „auswärts“?
2. Erhöhen sich die Kosten aufgrund der Unterhaltung der Kreisleitstelle?
3. Warum sind seit 2007 keine zusätzlichen Kilometer mehr berechnet worden?

Herr Reinshagen antwortet wie folgt:

1. Alles außerhalb der kommunalen Grenzen des Stadtgebietes Lüdenscheids sei auswärts.
2. Die Kostenerhöhung habe mehrere Gründe:
 - a) Die Kosten für die Kreisleitstelle.
 - b) Das Defizit im Bereich des qualifizierten Krankentransports aus dem Jahr 2019.
 - c) Die zusätzlichen Kosten für die Unterbringung eines Fahrzeugs beim Deutschen Roten Kreuz, die jedoch mit Bezug des Neubaus der Hauptwache wegfielen.
3. Die Berechnung der zusätzlichen Kilometer sei auf Wunsch der Kostenträger nicht mehr kilometergenau sondern pauschal erfolgt. Da hierüber eine vollumfängliche Kostendeckung erfolge, sei dem Wunsch der Kostenträger auf Vereinfachung des Abrechnungsverfahrens gefolgt worden.

Ratsherr Bodenheimer bedankt sich für die Antwort.

Ohne weitere Diskussion empfehlen die Ausschussmitglieder dem Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Elfte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Lüdenscheid über die Erhebung von Gebühren für den Rettungsdienst wird in der als Anlage beigefügten Form erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

7. Ausbildung von Notfallsanitätern/ Notfallsanitäterinnen bei der Feuer- und Rettungswache Lüdenscheid Vorlage: 022/2021

Vorsitzender Holzrichter fragt, ob zu diesem neuen Tagesordnungspunkt 7 Vortrag der Verwaltung gewünscht werde. Dieses ist nicht der Fall.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Ersching erläutert Herr Rehnert, dass die Ausbildung in einer Partnerschule im Rheinisch-Bergischen-Kreis stattfinde. Lediglich die Praxisanteile würden in

Lüdenscheid erfolgen. Es handele sich um eine reine Notfallsanitäterausbildung über drei Jahre und somit eine medizinische Ausbildung. Eine feuerwehrtechnische Ausbildung könne angeschlossen werden.

Vorsitzender Holzrichter ergänzt, dass die ausgebildeten Notfallsanitäter zunächst Angestellte seien, die später die Beamtenlaufbahn einschlagen könnten.

Er bittet die Verwaltung, darauf zu achten, dass diese Beschlussvorlage im Haupt- und Finanzausschuss ebenfalls in die öffentliche Tagesordnung aufgenommen werde.

Ohne weitere Diskussion empfehlen die Ausschussmitglieder dem Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid folgenden

Beschluss:

Im Jahr 2021 werden von der Stadt Lüdenscheid zwei Ausbildungsplätze zum Notfallsanitäter/zur Notfallsanitäterin angeboten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

8. Zustimmung zur Durchführung von Vergabeverfahren der ZGW mit einem Auftragswert über 100.000 € Vorlage: 033/2021

Ohne Diskussion fassen die Ausschussmitglieder einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Veröffentlichung der in der Anlage aufgeführten Vergabeverfahren wird vorbehaltlich der Bereitstehung entsprechender Haushaltsmittel zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

9. Berichtswesen, hier: Mündliche Berichte

9.1. Aktueller Sachstand "Feuerwehrgebäude"

Vorsitzender Holzrichter begrüßt Frau Hein von der Zentralen GebäudeWirtschaft (ZGW). Einleitend führt er aus, dass für den Neubau der Feuerwehrgebäude ein Arbeitskreis gebildet worden sei, der die Detailplanungen des Neubaus der Hauptwache und der neu zu erstellenden Gerätehäuser der Löschzüge der freiwilligen Feuerwehr begleite. Er bittet Frau Hein, die derzeitigen Sachstände vorzustellen.

Frau Hein stellt anhand der im **Rats- und Bürgerinformationssystem** eingestellten Präsentation (erste Präsentation zu TOP 9.1) die aktuellen Sachstände inklusive der derzeit aktuellen Projektstrukturpläne zu den Neubauten der Hauptwache, des Feuerwehrgerätehauses Oberrahmede, des Feuerwehrgerätehauses Homert sowie des Feuerwehrgerätehauses Stadtmitte vor. Zum **Feuerwehrgerätehaus Stadtmitte** erläutert sie, dass ein Um- bzw. Erweiterungsbau am derzeitigen Standort durch die Feuerwehrunfallkasse abgelehnt worden sei, da aufgrund der Grundstückssituation sowie der verkehrlichen Situation nicht alle Mängel beseitigt werden könnten. In der Straße „Breitenfeld“ sei ein Grundstück gefunden worden, das als Alternativstandort in Frage komme. Es handele sich gemäß den erforderlichen Untersuchungen um einen sehr guten und zukunftsfähigen Standort. Eine Verschlechterung zum heutigen Standort sei nicht festzustellen. Hier müssten zunächst die entsprechenden Beschlüsse zum Grundstückskauf erfolgen sowie ein entsprechender Bebauungsplan aufgestellt werden. Die hier noch vorliegenden rechtlichen Probleme stünden derzeit in finaler Abstimmung.

Anhand der ebenfalls im **Rats- und Bürgerinformationssystem** eingestellten Präsentation (zweite Präsentation zu TOP 9.1) erläutert sie weiter, dass für den Neubau der hauptamtlichen Feuer- und Rettungswache aufgrund der Überschreitung des Schwellenwertes ein europaweites Verfahren nach Vergabeverordnung (VgV) erfolgen müsse. Die vorzuziehenden Kriterien seien gesetzt worden (siehe Präsentation), jedoch mit dem Hinweis auf eine finale Abstimmung im Verwaltungsvorstand, wodurch sich u.U. noch Änderungen ergeben könnten. Dieses Verfahren werde ca. 150 Tage beanspruchen, da die vorgegebenen Fristen der Vergabeverordnung einzuhalten seien. Der weitere Terminplan für den **Neubau der Hauptwache** an der Wiesenstraße sehe derzeit eine Planungsphase für die Zeit von ca. September 2021 bis Januar 2023 vor. Sollten hier unvorhergesehene Unwegbarkeiten auftreten wie z.B. in Bezug auf vorliegende Altlasten, könnte sich dieser Zeitraum verlängern. Derzeit werde jedoch mit einem Baubeginn ca. im Juni 2023 und einer Fertigstellung ca. im September 2025 geplant.

Für das neue **Feuerwehrgerätehaus Oberrahmede** sei der Grundstückskauf erfolgt. Aufgrund der örtlichen Gegebenheiten müsse hier hochwasserangepasst gebaut werden, was nach entsprechender Prüfung machbar sei. Bevor hier mit der Planung begonnen werden könne, erfolge voraussichtlich noch im Jahr 2021 eine Flächenaufbereitung durch den Verband für Flächenrecycling und Altlastensanierung (AAV). Die Planungsphase beginne dann ca. November 2022, Baubeginn erfolge ca. Januar 2024 und fertiggestellt sei das neue Gerätehaus ca. Ende 2024.

Für den Neubau des **Feuerwehrgerätehauses Homert** sei ein Grundstück an der Herscheider Landstraße gefunden worden, das bereits gekauft werden konnte. Die Machbarkeit liege vor und eine Abstimmung mit dem Landesbetrieb Straßen.NRW sei ebenfalls abgeschlossen. Lediglich die Entwässerung müsse noch mit dem Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid Herscheid (SELH) geklärt werden. Planungsrecht liege für dieses Grundstück ebenfalls bereits vor. Haushaltsmittel seien für dieses Bauvorhaben bisher nicht etatisiert. Die Verwaltung schlage daher vor, die Haushaltsmittel, die für den Neubau des Gerätehauses

Büninghausen etatisiert seien, zunächst für den Neubau des Gerätehauses Homert zu nutzen. Ein geeignetes Grundstück für den Neubau des Gerätehauses Brüninghausen sei bisher nicht gefunden worden. Durch den Tausch könne die Ausschreibung der Planung bereits ca. Mitte 2021 erfolgen. Baubeginn könne dann ca. Januar 2023 und eine Fertigstellung für ca. Ende Oktober 2024 geplant werden.

Vorsitzender Holzrichter merkt an, dass dieser Tausch der Haushaltsmittel bereits mit dem Beschluss zu Haushalt 2021 inklusive Änderungslisten (s.TOP 4) beschlossen worden sei.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Dudas antwortet Vorsitzender Holzrichter, dass ein Ausrücken im Einsatzfall in Richtung der Straße „Breitenfeld“ erfolge.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Ersching erläutert Frau Hein, dass der Stadtreinigungs-, Transport und Baubetrieb Lüdenscheid (STL) großes Interesse am Altstandort habe. Ein Verkehrswertgutachten liege bereits vor. Verhandlungen mit dem STL stünden noch aus.

Vorsitzender Holzrichter stellt abschließend fest, dass die Wirtschaftlichkeitsberechnung ebenfalls positiv sei. Er schlägt vor, die Beschlussvorlage für den zukünftigen Standort direkt durch den Rat der Stadt bzw. den Haupt- und Finanzausschuss in der Funktion des Rates beschließen zu lassen.

Die Ausschussmitglieder stimmen diesem Vorschlag einstimmig zu.

10. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

10.1. Bekanntgaben

10.1.1. Beginn des Vergabeverfahrens "Tiefbau Altstadt, 1. Bauabschnitt"

Herr Koppmeier teilt mit, dass der Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung am 01.03.2021 über das Vergabeverfahren zum 1. Bauabschnitt „Tiefbau Altstadt“ mit einem Auftragsvolumen von ca. 1,6 Mio. € entscheide. Nach entsprechender Beschlussfassung werde das Ausschreibungsverfahren gestartet. Baubeginn sei für Frühsommer vorgesehen.

10.1.2. Austausch der Straßenbeleuchtung in Wohngebieten; hier: Wechsel des Standard-Leuchtenmodells

Herr Koppmeier teilt mit, dass Frau Hayer als zuständige Ingenieurin heute verhindert sei. Er führt aus, dass der Einsatz von LED-Technik im Bereich der Straßenbeleuchtung künftig normal sei. Anhand einer **Präsentation** zeigt er das zukünftig in Wohngebieten verwendete Leuchtenmodell.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Siewert führt er aus, dass zunächst nur die ganz alten Leuchten ausgetauscht würden. Grundsätzlich seien die neuen Leuchten nicht dunkler eingestellt. Je nach persönlichem Empfinden könne es jedoch so erscheinen. Hier sei es möglich, in einem bestimmten Rahmen die Helligkeitseinstellung bei Bedarf anzupassen. Die Anzahl der noch zu tauschenden Leuchten sei derzeit nicht zu benennen. Vielmehr sei die Instandhaltung der Straßenbeleuchtung eine Daueraufgabe, für die ca. 100.000,00 € pro Jahr zur Ver-

fügung stünden. Ein Austausch von Leuchten werde erst vorgenommen, wenn für die vorhandenen Leuchten keine Ersatzteile mehr zu bekommen seien.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Mewes teilt Herr Koppmeier mit, dass die Straßenbeleuchtung nicht blenden müsse. Durch Einstellung des Lichtkegels könne dieses in der Regel abgestellt werden.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich bei Herrn Koppmeier für die Ausführungen. Die Ausschussmitglieder stimmen der ausgewählten Leuchte zu. Er bittet Herrn Koppmeier, Frau Hayer einen herzlichen Gruß auszurichten.

10.1.3. Regelung des ruhenden Verkehrs im Starenweg

In Ergänzung zur Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion vom 13.06.2020 in der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 30.09.2020 führt Herr Hayer aus, dass die Möglichkeiten der Anordnungen im Bereich des ruhenden Verkehrs hinsichtlich einer Verbesserung und Reduzierung der Geschwindigkeit und der Anzahl der Fremdverkehre geprüft worden seien. Eine stichprobenartige Parkraumerhebung zu unterschiedlichen Zeiten habe ergeben, dass eine hohe Auslastung der vorhandenen Parkmöglichkeiten im öffentlichen Raum bestehe. Deshalb sollten bei einer angedachten Umstrukturierung des ruhenden Verkehrs keine öffentlichen Stellplätze entfallen. Sowohl das wechselseitige Parken als auch andere Varianten zur Verkehrsberuhigung seien in der Straße zum einen aufgrund der vorhandenen Querschnittsbreiten als auch aufgrund der dann damit verbundenen Reduzierung der Stellplätze nicht angezeigt. Somit solle die durch den Parkdruck entstehende „natürliche“ Beruhigung beibehalten werden. Es würde jedoch bereits eine Ergänzung der Beschilderungen in den Zufahrtbereichen auf der linken Straßenseite zur besseren Erkennbarkeit vorgenommen. Zusätzlich werde sich die Kreispolizeibehörde mit der Verkehrssituation in der Straße mittels Geschwindigkeitsmessungen und Kontrollen der Durchfahrtsverkehre befassen.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die Ausführungen.

10.1.4. Verkehrssituation "Adolf-Reichwein-Gesamtschule"

Herr Hayer führt aus, dass zur Schulwegsicherung der Adolf-Reichwein-Gesamtschule im Bereich Nachtigallenweg/Buchfinkenweg verschiedene verkehrslenkende Maßnahmen getroffen würden. Hierzu werde im Nachtigallenweg zwischen Eulenweg und Kohlmeisenweg am Fahrbahnrand eine neue Hol- und Bringzone eingerichtet. Die Beschilderung erfolge mit dem Zusatz des eingeschränkten Halteverbotes. Gleichzeitig werde der Bereich zwischen Buchfinkenweg und Eulenweg durchgängig mit einem absoluten Halteverbot versehen, um dort vor allem für die querenden Schüler die Sichtbeziehungen zu verbessern und somit den Querungsvorgang sicherer zu gestalten. Zusätzlich werde die vorhandene Feuerwehrezufahrt mit der Zusatzbeschilderung „Parken in gekennzeichneten Flächen erlaubt“ erweitert und entsprechende Stellplätze markiert, um Parkflächen für die Lehrer zu schaffen und damit auch den Parkdruck im öffentlichen Bereich zu reduzieren.

10.1.5. Aktueller Sachstand zum Radstreifen in der Parkstraße

Herr Hayer führt aus, dass zur Errichtung des Radschutzstreifens in der Parkstraße ein Förderantrag gestellt werden sollte. Hierzu habe es seitens des Fördermittelgebers einen Rücklauf mit umfangreichen Fragen gegeben. Seitens der Verwaltung würden diese nun recherchiert und beantwortet.

Einen aktuellen Sachstandsbericht werde er in der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 17.03.2021 geben.

10.1.6. Einrichtung eines LKW-Fahrverbotes in der Glatzer Straße

Herr Hayer führt aus, dass das LKW-Fahrverbot in der Glatzer Straße eingerichtet sei. Aus Richtung des Worthplatzes gebe es lediglich eine Fahrmöglichkeit für LKW bis zum Abzweig bzw. zur Buswendestelle „Im Eichholz“. Danach sei die Durchfahrt für LKW verboten.

10.1.7. Verkehrssituation im Buckesfelder Ring

In Beantwortung der Anfrage des Ratsherrn Fröhling in der Sitzung des Hauptausschusses am 22.06.2020 erläutert Herr Hayer, dass die Straßen Buckesfelder Kopf und Buckesfelder Ring ab ihrem Kreuzungsbereich sog. „Spielstraßen“ seien. Es handele sich somit um verkehrsberuhigte Bereiche. Dort durchgeführte Messungen hätten ergeben, dass sich die Geschwindigkeiten in einem vertretbaren Rahmen hielten. Durch Aufstellung der Geschwindigkeitsanzeigetafel habe erreicht werden können, dass die gefahrenen Geschwindigkeiten reduzierter waren. Die vorliegenden Unfalldaten zeigten hier auch keine Auffälligkeiten, weil in den letzten drei Jahren lediglich zwei Unfälle seitens der Polizei dokumentiert worden seien. Bauliche Maßnahmen sehe die Verwaltung nicht vor. Messungen mit dem Radarwagen seien hier nicht möglich, so dass die Verwaltung künftig die Möglichkeit der Aufstellung und Datenerhebung mittels der Geschwindigkeitsanzeigetafel häufiger nutzen werde.

10.2. Beantwortung von Anfragen

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich zunächst, dass alle Anfragen frühzeitig und schriftlich eingereicht worden seien. Damit habe die Verwaltung die Beantwortungen entsprechend vorbereiten können. Er fragt, ob Rückfragen zu den Beantwortungen bestünden. Dieses ist nicht der Fall.

Somit bittet er die Verwaltung, die Beantwortungen zu den sieben Anfragen als **Anlage** zur Niederschrift zu nehmen.

10.2.1. Schriftliche Beantwortung der schriftlichen Anfrage des Herrn Petereit zur Schulwegsicherung an der Tinsberger Grundschule vom 20.09.2020

Siehe Anlage

10.2.2. Schriftliche Beantwortung der schriftlichen Anfrage der CDU zur mündlichen Nachfrage vom 17.06.2020 zur Einrichtung eines Fuß- und Radweges zur Verbindung der Stadtteile Freisenberg und Gevelndorf vom 16.01.2021

Siehe Anlage

10.2.3. Schriftliche Beantwortung der schriftlichen Anfrage der CDU zur Bushaltestelle "Hulsberg" vom 16.01.2021

Siehe Anlage

10.2.4. Schriftliche Beantwortung der schriftlichen Anfrage der CDU zur Bushaltestelle "McDonald's" vom 16.01.2021

Siehe Anlage

10.2.5. Schriftliche Beantwortung der schriftlichen Anfrage der CDU zur neuen Querungshilfe für Fußgänger aus Eggenscheid vom 16.01.2021

Siehe Anlage

10.2.6. Schriftliche Beantwortung der schriftlichen Anfrage der CDU zur Parkplatzsituation im Sauerlandring vom 16.01.2021

Siehe Anlage

10.2.7. Schriftliche Beantwortung der schriftlichen Anfrage der SPD zur Abspernung im Bereich der Bushaltestelle am Kluser Platz vom 29.01.2021

Siehe Anlage

10.3. Anfragen

10.3.1. Anfrage des RH Dudas zur Verkehrssituation im Bereich Hochstraße/Ecke Sauerfelder Straße (Buswendestelle)

Ratsherr Dudas führt aus, dass sich die Verkehrssituation in der Hochstraße/Ecke Sauerfelder Straße noch immer nicht merklich verbessert habe. Es gebe nach wie vor Rückstaus im Bereich der Buswendestelle. Im Zuge der Baumaßnahme an der Lichtsignalanlage habe dieser Bereich doch eine Veränderung erfahren sollen. Bisher sei ihm lediglich eine weiße Haltelinie aufgefallen, die s.E. nicht so große Wirkung zeige.

Herr Hayer antwortet, dass ein vorgezogenes Signal dort nicht umsetzbar sei. Deshalb sei die Haltelinie für die Fahrzeuge bei roter Ampel markiert worden. Bisher scheine dies zu funktionieren. Ggf. könne die Markierung noch etwas verlegt werden. Ob ein zusätzliches Schild, das in die Buswendestelle hineinrage installiert werden könne, müsse in einem Orts-termin geprüft werden.

Vorsitzender Holzrichter bittet Herrn Hayer, Ratsherrn Dudas direkt über das Ergebnis der Prüfung zu informieren.

gez. Holzrichter

Vorsitzender

gez. Stoltefaut-Voß

Schriftführerin